§ 2

(1) Zur Leitung und Verwaltung der einheitlichen und umfassenden Sozialversicherung wird ein Rat der Sozialversicherung gebildet.

(2) Der Rat der Sozialversicherung setzt sich zusammen aus:

- einem vom Bundesvorstand des FDGB bestellten Vorsitzenden,
- je einem Beauftragten der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften,
- einem Beauftragten der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft),
- dem Vorsitzenden der Zentralen Beschwerdekommision,
- dem vom Bundesvorstand des FDGB bestellten Direktor der Sozialversicherung und seinem Stellvertreter.

§ 3

(1) In den Ländern und Kreisen werden Räte für die Sozialversicherung gebildet.

(2) Die Räte in den Ländern setzen sich zusammen aus:

- dem vom FDGB-Bundesvorstand bestellten Landesvorsitzenden,
- je einem Beauftragten der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften,
- einem Beauftragten der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft),
- dem Vorsitzenden der Landes-Beschwerdekommision,
- dem Landesgeschäftsführer der Sozialversicherung.

(3) Die Räte in den Kreisen setzen sich zusammen aus:

- dem vom FDGB-Bundesvorstand bestellten Kreisvorsitzenden,
- dem Vorsitzenden der Kreis-Beschwerdekommision,
- dem Kreisgeschäftsführer der Sozialversicherung,
- je einem Beauftragten der im Gebiet jeweils wichtigsten Industriegewerkschaften und Gewerkschaften
- und in vorwiegend ländlichen Kreisen
- einem Beauftragten der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (Bäuerliche Handelsgenossenschaft).

§ 4

Der Bundesvorstand des FDGB erläßt bis zum 1. Juli 1951 ein Statut für die Sozialversicherung, das die Struktur und die Aufgaben der Organe der Sozialversicherung und die sonst für den technischen Ablauf der Sozialversicherung erforderlichen Vorschriften enthält. Das Statut bedarf der Bestätigung des Ministeriums für Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik.

§ 5

Das Ministerium für Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik erläßt in Zusammenarbeit mit

dem Bundesvorstand des FDGB und im Einvernehmen mit den Fachministerien der Deutschen Demokratischen Republik bis zum 1. Oktober 1951 eine Sozialversicherungsordnung, die die Vorschriften über die Versicherungspflicht, die Versicherungsberechtigung, die Beitragspflicht, die Leistungen und das Verfahren im einzelnen enthält. Bei der Ausarbeitung der Sozialversicherungsordnung sind die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern zu hören.

§ 6

Die Sozialversicherungsordnung soll Grundsätze darüber enthalten, daß in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und Verwaltungen die Funktionen des gesamten Sozialversicherungswesens von den Versicherten selbst auf der Grundlage der Selbstverwaltung wahrgenommen werden.

§ 7

(1) Für die nicht in volkseigenen oder ihnen gleichgestellten Betrieben oder Verwaltungen beschäftigten Versicherten und für die Versicherten der Privatbetriebe sind in den Ländern und Kreisen Geschäftsstellen und Nebenstellen zu unterhalten. Diese nehmen die Zahlung von Barleistungen an die Beschäftigten in Privatbetrieben, Rentner, Handwerker, Bauern und sonstige Selbständige, soweit ihnen Barleistungen zustehen, und freiwillig Versicherte vor.

(2) Zur Vereinfachung der Verwaltungsarbeit und Senkung der Verwaltungskosten können in größeren und mittleren Privatbetrieben die Auszahlung des Krankengeldes und die Zahlung anderer Barleistungen durchgeführt werden.

§ 8

(1) Der Haushalt der Sozialversicherung ist Bestandteil des Staatshaushalts der Deutschen Demokratischen Republik.

(2) Der Rat der Sozialversicherung stellt jährlich einen Haushaltsplan der Sozialversicherung auf.

(3) Der auf der Grundlage der von der Regierung gegebenen Kontrollziffern aufgestellte Haushaltsplan der Sozialversicherung wird nach Bestätigung durch den Bundesvorstand des FDGB der Regierung zur Aufnahme in den Staatshaushaltsplan der Deutschen Demokratischen Republik zugeleitet.

(4) Die Leistungen der Sozialversicherung sind für die Versicherten in den volkseigenen Betrieben nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Industriezweige zu staffeln. Zu diesem Zweck sind für das Haushaltsjahr 1952 vom Rat der Sozialversicherung Haushaltspläne für die entscheidendsten Industriezweige gesondert aufzustellen.

§ 9

Die Aufsicht über die Sozialversicherung obliegt dem Ministerium für Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik.

§ 10

(1) Für die Entscheidung von Streitigkeiten, die sich zwischen Sozialversicherung und Versicherten ergeben, sind in der Sozialversicherungsordnung Be-